

Energiepolitik im Wahlkampf: So reagieren Parteien auf die Krise!

Vorfall Gesetzgebung Uhrzeit 11:15 Ort Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.300 Am 21. Februar 2025 hat sich die Diskussion um die zukünftige Energieversorgung in Deutschland weiter intensiviert. Die Parteien, die derzeit im Bundestag vertreten sind, sowie potenzielle neue Akteure arbeiten an ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2025. Hierbei stehen insbesondere die Veränderungen an den Energiemärkten und die Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg im Fokus. Diese Faktoren haben die Preise für Energie in den letzten Jahren signifikant steigen lassen, vor allem durch den Wegfall von russischem Gas und Öl sowie den endgültigen Atomausstieg. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind nicht zu unterschätzen. Die Parteien …

NACHRICHTEN AG

ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Vorfall
Uhrzeit
Ort

Gesetzgebung
11:15
Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.300

```
.incident-data-table { width: 100%; border-collapse: collapse; margin-top: 10px; font-size:18px;
```

```
  } .incident-data-table th, .incident-data-table td { border: 1px solid #ddd; padding: 8px; } .incident-data-table th { background-color: #f2f2f2; text-align: left; }
```

Am 21. Februar 2025 hat sich die Diskussion um die zukünftige Energieversorgung in Deutschland weiter intensiviert. Die Parteien, die derzeit im Bundestag vertreten sind, sowie potenzielle neue Akteure arbeiten an ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2025. Hierbei stehen insbesondere die Veränderungen an den Energiemärkten und die Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg im Fokus. Diese Faktoren haben die Preise für Energie in den letzten Jahren signifikant steigen lassen, vor allem durch den Wegfall von russischem Gas und Öl sowie den endgültigen Atomausstieg.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen sind nicht zu unterschätzen. Die Parteien formulieren unterschiedliche Strategien, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Während die Union (CDU/CSU) auf einen Emissionshandel setzt und mehrere Regelungen der Ampelkoalition in Frage stellt, erweitert die SPD ihre Programme in Richtung Erneuerbare Energien.

Union: Rückkehr zu bewährten Instrumenten

Die Union plant unter anderem die Rückkehr der Agrardieselmrückvergütung, um landwirtschaftliche Betriebe zu entlasten. Der Fokus liegt zudem auf einer Technologieoffenheit für den Energiemix, was die Rückkehr zur Nutzung von Kernenergie einschließt. Außerdem will die Union am Kohlekompromiss festhalten und plant keine vorzeitige Abschaltung von Kohlekraftwerken. Auch neue Energie- und

Rohstoffpartnerschaften zur Unabhängigkeit von Russland stehen auf der Agenda.

SPD: Förderung Erneuerbarer Energien

Die Sozialdemokraten setzen auf eine intensive Förderung von Windkraft und Fotovoltaik. Ein entscheidendes Ziel ist die Stabilisierung der Netzentgelte, die auf 3 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt werden sollen. Für energieintensive Unternehmen ist eine Reduzierung der Netzentgelte vorgesehen, sowie eine Strompreiskompensation. Zudem plant die SPD ein Klimageld, um CO₂-Preiserhöhungen abzufedern.

Zusätzlich machen sie Angebote für Mietmodelle von Wärmepumpen und wollen eine bundesweite Preisaufsicht für Fernwärme einführen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Schaffung einer nationalen Wasserstoffreserve sowie die Förderung von Elektroantrieben.

Grüne: Fokus auf Klimaneutralität

Die Grünen betrachten fossile Energien als „Auslaufmodell“ und setzen den umfassenden Ausbau erneuerbarer Energien in den Mittelpunkt ihrer Politik. Ihr Ziel ist es, bis 2035 klimaneutralen Strom zu erzeugen. Ein zentraler Aspekt ist der Ausbau des Wasserstoffnetzes und die Förderung der Erzeugung von grünem Wasserstoff. Das Heizungsgesetz wird nach wie vor unterstützt, und die Grünen planen, die Unterstützung für Wärmepumpen zu erhöhen.

Diese Parteiübergreifenden Bemühungen sind nicht nur parteipolitisch motiviert. Wie im Energiewirtschaftsgesetz hervorgehoben wurde, sind Änderungen dringend nötig, um den boomenden Ausbau von Photovoltaikanlagen zu regulieren und die Netzsicherheit zu gewährleisten. Eine Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie ergab, dass eine Vielzahl von Sachverständigen hinter den Regelungen steht, die darauf abzielen, temporäre Erzeugungsüberschüsse zu

vermeiden und die Integration von Solar- und Windstrom zu erleichtern. Diese Erkenntnisse verdeutlichen die Notwendigkeit für eine nachhaltige Energieversorgung in Deutschland.

Insgesamt stehen die Zeichen am Energiemarkt auf Veränderungen. Die Parteien haben unterschiedliche, aber klare Perspektiven zur künftigen Energiepolitik entwickelt, und die kommenden Monate werden entscheidend sein, um die Weichen für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Deutschland zu stellen. Weitere Informationen sind in den detaillierten Berichten von **t-online** und **bundestag.de** zu finden.

Referenz 1

www.t-online.de

Referenz 3

www.bundestag.de

Quellen gesamt

Web: 15 Social: 133 Foren: 81

Source: **nachrichten.ag**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de